



| Vorstand

Lebenslagen in Deutschland

**Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der
Bundesregierung**

Die wichtigsten Ergebnisse

FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik



Der Armuts- und Reichtumsbericht enthüllt erst auf den zweiten Blick die Wirklichkeit:

„Alle vier Jahre legt die Bundesregierung diese Analyse der sozialen Lage in Deutschland vor. Aber noch nie hat eine Koalition so lange an diesem Bericht herumgefeilt, bis die Wirklichkeit darin freundlicher aussieht, als sie tatsächlich ist.“

Thomas Öchsner, "Süddeutsche Zeitung,, - 10.3.2013



- ➔ **Die Bundesregierung gesteht zu: Politik müsse verhindern, dass sich Armutsrisiken für gesellschaftliche Gruppen über Generationen verfestigen.**
- ➔ **Chancen zur Verbesserung der Lebenslage müssen „... in ausreichendem Maße vorhanden ...“ sein (Armutsbericht, S. I).**
- ➔ **Der Bericht konzentriert sich auf Faktoren, die die „soziale Mobilität im Lebenslauf“ maßgeblich beeinflussen. Die „Veränderung der Lebenslage und Dynamik gesellschaftlicher Teilhabe“ werden analysiert und bewertet.**



- ➔ Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenquote ist seit 2005 kontinuierlich gesunken. Sie lag in 2012 bei 6,8 Prozent (nach dem Messkonzept der Bundesagentur für Arbeit).
Aber: Wir reden hier über etwa 2,9 Millionen Einzelschicksale und viele tauchen in der Statistik gar nicht auf!
- ➔ Die Langzeitarbeitslosigkeit ist eine der gravierendsten Armutsrisiken in Deutschland. Sie sank in den Jahren 2000 bis 2012 um über 40 Prozent.
Im Klartext: 1,03 Millionen Menschen sind ohne Perspektive!
- ➔ Deutschland hat momentan offiziell die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in der Europäischen Union. Im Jahresdurchschnitt 2012 betrug sie 5,9 Prozent.
Das bedeutet: 274.000 betroffene junge Menschen! Hinzu kommen noch 266.000 Jugendliche, die im „Übergangssystem“ geparkt sind.



- ➔ Der Bericht dokumentiert 2000 bis 2011 eine starke Zunahme *atypischer* Beschäftigungsverhältnisse von rund 20 Prozent auf 25 Prozent. Der Anteil der *Normalarbeitsverhältnisse* von etwa 80 Prozent ist auf knapp 75 Prozent gefallen.
- ➔ Die absolute Zahl der Normalarbeitsverhältnisse habe sich allerdings kaum verändert bzw. sei gestiegen. Das soll Beleg sein, dass atypische Beschäftigung nicht Normalarbeitsverhältnisse verdrängt habe. Vielmehr sei zusätzliche Beschäftigung geschaffen worden.
- ➔ Der Bericht **verharmlost**, dass zwar prekäre Arbeitsverhältnisse zugenommen hätten, die Folgen für die Gesellschaft aber kein Problem seien. Es sei besser, überhaupt eine Arbeit zu haben als gar keine. - **Das ist eine unglaubliche Ignoranz gegenüber der Arbeits- und Lebenssituation der Betroffenen!**



➤ Auch der Bericht kann nicht verschweigen:

Das Armutrisiko* bleibt hoch! Es habe 2005 bis 2010 zwischen 14 und 16 Prozent gelegen.

Verglichen mit dem Niveau im Jahr 2000 von knapp unter 12 Prozent konnte das Armutrisiko nicht gesenkt werden.

➤ Auch die **Ungleichheit bei der Einkommensverteilung konnte nicht verringert werden:**

Die „Ungleichheitsmaße“ (Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung und die Niedriglohnquote) haben sich wie die Armutrisikoquote entwickelt: Anstieg bis 2005 und danach Verharren auf hohem Niveau.

*Die Armutrisikoquote misst den Anteil der Personen, deren bedarfsgewichtetes Nettoeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens beträgt.



Die Einkommensschere geht weiter auseinander:

- ➔ **Die realen Bruttoerwerbseinkommen von Vollzeitbeschäftigten blieben – bezogen auf das mittlere Einkommen - 2007 bis 2011 zwar konstant. Die unteren 80 Prozent der Einkommensbezieher aber mussten einen Einkommensrückgang hinnehmen. Den größten Verlust hatten die unteren 10 Prozent mit minus 6,1 Prozent zu verkräften. Die oberen 20 Prozent hatten leichte Einkommenszuwächse.**
- ➔ **Der Bericht verharmlost die zunehmende Schieflage der Verteilung damit, dass viele Arbeitslose und Beschäftigte mit geringer Stundenzahl eine Vollzeitbeschäftigung im unteren Lohnbereich neu angenommen hätten: „... sinkende Reallöhne in den unteren ...Gruppen sind also auch Ausdruck struktureller Verbesserungen (S. XXIV).“ – An dem Befund zunehmender Ungleichverteilung ändert sich dadurch nichts.**



- ➔ Auch **die ungleiche Verteilung der Privatvermögen** in Deutschland hat sich verstärkt. 1998 bis 2008 stieg der Anteil der oberen 10 Prozent der Vermögensbesitzer am Gesamtvermögen von 45 Prozent auf 53 Prozent. **Der Anteil der unteren 50 Prozent ist von drei auf ein Prozent gesunken.**
- ➔ Über den Einfluss der großen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Vermögensverteilung seit 2008 macht der Bericht keinerlei Angaben.



- ➔ Die Erwerbsquote von Müttern mit Kindern zwischen zwei und drei Jahren ist 2006 bis 2011 angestiegen. Das gilt sowohl bei der Teilzeitarbeit als auch bei der Vollzeit oder vollzeitnahen Teilzeitarbeit. Die Erwerbsquote bei Müttern mit jüngstem Kind unter einem Jahr ist gesunken.
- ➔ **Die Ursachenanalyse des Berichts ist unglaublich!** Es wird behauptet, dass das Elterngeld seine positive Wirkung vor allem im zweiten Lebensjahr des Kindes „entfalte“. Hier scheint aber weniger der Anreiz zu wirken als eher der Druck, der daraus resultiert, dass das Elterngeld wegfällt. Vor allem Mütter mit niedrigem Einkommen nehmen eine Erwerbstätigkeit auf.



- ➔ **Im Berichtszeitraum stieg der Anteil der Schülerinnen, der die Schule mit einem Abschluss verließ. Aber immer noch 6,5 Prozent verlassen die Schule ohne Abschluss!**
266.000 Jugendliche landeten 2012 nach der Schule im „Übergangsbereich“ weil sie bei der Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuche erfolglos waren.
- ➔ **Es ist ein Skandal**, dass gerade Erwerbstätige ohne oder mit einem niedrigen Berufsabschluss von betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen nach wie vor ausgeschlossen werden!
- ➔ **Öffentliche Ausgaben** für die Betreuung von Kindern unter sechs Jahren sind im internationalen Vergleich **unterdurchschnittlich**. Die Pro-Kopf-Ausgaben im Grundschul- und Mittelstufenbereich sind nur **Mittelklasse!**



- **Die Einkommens- und Vermögenssituation der Altersgruppe der über 65 Jährigen** wird in dem Bericht als überdurchschnittlich gut eingeschätzt, weil „nur“ 2,6 Prozent der Bevölkerung dieser Altersgruppe 2011 Sozialhilfe erhielten. Bei allen Altersgruppen lag der Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen bei 9 Prozent.

Dezente Hinweise auf verschlechterte Lebensbedingungen finden sich nur weiter hinten im umfassenderen Berichtteil:

- **Gestiegen ist** allerdings der Anteil der Rentner/Pensionäre, die von einer **Mietbelastung*** (abzüglich Wohngeld und Kosten der Unterkunft und Heizung) von über 40 Prozent des verfügbaren Einkommens berichten. 2006 waren es 7,6 Prozent. Im Jahr 2010 lag der Anteil bei 11 Prozent.

*Abzüglich Wohngeld und Kosten der Unterkunft und Heizung!



Was sich im Bericht nicht findet:*

Die reale Kaufkraft der Renten ist in den vergangenen Jahren drastisch gesunken!

- ➔ **So ist der durchschnittliche Zahlbetrag für langjährig Versicherte von 1.062 Euro im Jahr 2001 auf 1.060 Euro im Jahr 2011 gesunken. Bei einem Preisanstieg im selben Zeitraum von 17 Prozent bedeutet das einen drastischen Kaufkraftverlust.**
- ➔ **Bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit ist der Verlust noch höher. Sie sanken von 728 (2001) auf 664 (2011) Euro.**

*Quelle: Deutsche Rentenversicherung in Zeitreihen 2012, S. 203, Statistisches Bundesamt, Preisindizes



Privater Reichtum und öffentliche Armut – beides wächst!

- ➔ Die „Reichtumsanalyse“ ergab einen deutlichen Zuwachs der privaten Nettovermögensbestände (Geldvermögen nach Abzug von Krediten und sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten). Das private Nettovermögen stieg zwischen Ende 2006 und 2011 nominal um über 1,5 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro. Das Nettogeldvermögen ist am stärksten gestiegen.
- ➔ Das Nettovermögen des deutschen Staates von 186,4 Mrd. Euro im Jahr 2007 ist auf 11,5 Mrd. Euro im Jahr 2011 gefallen. Die Ursache: Folgekosten der Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Schuldenstand der staatlichen Haushalte stieg im Jahr 2011 auf 80,5 Prozent des BIP. Ohne Krisenbewältigungsmaßnahmen hätte er bei 68,4 Prozent gelegen.

Privates und staatliches Nettovermögen



| Vorstand

Privater Reichtum und öffentliche Armut – beides wächst!

Trotz gestiegener Staatsschulden plant die Bundesregierung weitere Steuersenkungen. Die Konsolidierung der Staatshaushalte soll über eine Kontrolle der Ausgaben erfolgen (Schuldenbremse).

Das heißt: Weitere Kürzungen bei öffentlichen Investitionen und Sozialausgaben!